

hatten. Ein Realwissenschaftler wird eher versuchen, diese Veränderung zu *erklären*. Dazu muß man nur die Frage stellen, wer den Rechtsstaat braucht und wer nicht. Am Rechtsstaat sind nur solche Bürger interessiert, die ihres eigenen Lebens Schmied sein wollen und die dazu u. a. Rechte benötigen, die sie vor dem totalitären Zugriff selbsternannter Weltverbesserer schützen. *Nicht* am Rechtsstaat interessiert sind Politiker, die ihre Ziele nur gegen die Intentionen solcher Bürger realisieren können. Wenn sie mit ihren Plänen vorankommen wollen, müssen sie den Rechtsstaat, wo er ihnen hinderlich wird, zurückbauen.

Einen Rückbau erleidet zur Zeit nicht nur der Rechtsstaat, sondern auch die Demokratie. Die repräsentative Demokratie verdankt ihre Entstehung der Intention, eine gewählte Führungselite kontrollieren und notfalls entmachten zu können. Wo sich das Volk den Zielen einer ambitionierten Elite als hinderlich erweist, kann diese jedoch den Spieß umdrehen und das Volk auf einem Schleichweg politisch entmachten. Dieser Prozeß ist längst in vollem Gang. Nimmt man beides, die Pervertierung des Rechtsstaats und die Entkernung der Demokratie, zusammen, so zeigt sich, daß wir in einer Entwicklung begriffen sind, in der die maßgebenden politischen Akteure auf die Aushöhlung des demokratischen Rechtsstaats hinarbeiten. Der einzelne kann das nicht ändern. Er kann nur fragen: Was wird an die Stelle treten? Und wem dient das Ganze?

*

Goebbels notiert am 20. März 1942 in sein Tagebuch: ... *Ich trage dem Führer einzelne Fälle des Versagens der Justiz vor. Der Staatssekretär im Justizministerium, der seit dem Tode Gürtners die deutsche Justiz leitet (= Schlegelberger), beruft sich auf meine Anträge zum Eingreifen immer darauf, daß er keine Gesetzesgrundlage habe. Es ist deshalb dringend notwendig, daß die Leitung des Justizministeriums in neue Hände gelegt wird. Ich schlage dem Führer Thierack vor.*

III. Rechtsstaat, Demokratie und stabiles Geld, Hoheit über den eigenen Haushalt

von
Wilhelm Hankel

Meine Damen und Herren, ich hätte keinen besseren Vorredner zur Einführung haben können als Prof. Braun. Was er eben entwickelt hat, werde ich jetzt auf ökonomischem Gebiet fortführen. Denn die europäische Einheitswährung, eine Währung für derzeit 17 Nationen, und wenn es nach dem Willen ihrer Protagonisten geht, demnächst für alle

europäischen Nationen, mit einer solchen Währung ist auf Dauer weder ein Rechtsstaat praktikierbar, noch eine Demokratie, und außerdem auch keine Marktwirtschaft. Keine Marktwirtschaft, denn in dieser Einheitswährung, und das wird mein erster wichtiger Punkt sein, werden die für die Orientierung der Wirtschaft zentralen Geldpreise, die unverzichtbaren Geldpreise, also: Zins und Wechselkurs, total verfälscht. Der Ausbau der Demokratie zur welteinheitlichen Staatsform ist das Ergebnis der französischen Revolution, aber die Bürger dieser beiden, sagen wir mal: ur-demokratischen Staaten, haben in einer geradezu sensationellen Wahl etwas abgewählt, und die Frage ist, was haben sie abgewählt? Die Währung, oder das Konzept für das vereinte Europa, das dahinter steht? Und es ist verdammt schwer, hier eine klare Scheidung zu treffen, denn der Euro soll ja nach dem erklärten Willen seiner Betreiber ein Mittel zum Zweck sein, nämlich das Instrument, um die Vereinigten Staaten von Europa herzustellen, in Analogie zu den Vereinigten Staaten von Amerika. Eine Analogie, die viele Bauchschmerzen hervorruft, denn sie stimmt hinten und vorne nicht. Denn wer immer seit 220 Jahren in die Vereinigten Staaten ausgewandert ist, hat als erstes seinen Paß und seine Nationalität abgegeben, ist Amerikaner geworden und hat sich dort in eine neue Nation eingefügt. Eine europäische Nation gibt es nicht, und, ich hoffe, es wird sie auch nie geben. Denn zu sehr sind alle europäischen Völker, nicht nur wir Deutschen, wir vielleicht noch am wenigsten, in der Art, wie wir leben wollen, Kinder unserer Tradition, unserer Geschichte, auch unseres Lebensraums. Daß man in Griechenland und südlich der Alpen anders lebt als nördlich, ist jedem von uns bekannt, seit wir unsere Ferienreisen nach Spanien, Griechenland und besonders (gleich deutschen Kaisern im Mittelalter) nach Italien richten. Die Frage, die sich ergibt: Wenn man für eine solche Konföderation Europas für 17 von insgesamt 27 Staaten (es werden sicherlich noch 30 werden) eine gemeinsame Währung konzipiert, was hat man dann ökonomisch vorgenommen? Man hat etwas ökonomisch vorgenommen, wovor es jedem, der etwas von der Materie versteht, graust, denn man hat als erstes den Wettbewerb der Währungen abgeschafft. Den gibt es dann nicht mehr.

Bevor ich fortfahre, muß ich noch einfügen: in der Währung zeigt sich alles, buchstäblich alles, was eine Nation an wirtschaftlicher Leistung erbringt. Einer der großen Ökonomen des vergangenen Jahrhunderts, Josef Schumpeter, beginnt sein Buch über Geld damit: In der Währung zeigt sich alles, was eine Nation ist: ihre Verfassung, ihre Leistung, ihre Kultur. Wenn man also für diese 17 Staaten eine Einheitswährung konzipiert und daran die politische Hoffnung, ich könnte auch sagen „Illusion“ knüpft, daraus werde dann – das haben mehrere Bundeskanzler in Deutschland bisher öffentlich verkündet – gewissermaßen automatisch, durch Sachzwang, ein gemeinsamer Staat, wenn man das macht, dann muß man sich darüber im Klaren sein, daß man für alle die wirtschaftlichen

Daten verfälscht. Die Währungsunion war noch kaum unterschrieben, da hat bereits die Aussicht, Mitglied von Euroland zu werden, Ländern wie Griechenland, Italien, Spanien, Portugal, also die heutigen Krisenländer, die damals zweistellige Zinsraten hatten – Griechenland und Spanien 18 %, Italien 15 % – eine Drittelung ihrer Zinsen beschert! Und sie erlebten noch etwas mit der Unterschrift der Verträge, daß nämlich ein griechischer Euro gleich einem deutschen Euro, gleich einem niederländischen Euro, daß Euro gleich Euro war, denn das ist das Wesen einer Währungsunion. Die Drittelung der Zinsen für die heutigen Krisenländer mußte zwangsläufig einen Konsumrausch hervorbringen, der durch keinerlei Leistung gedeckt war. Die Länder konnten nicht nur mit Billigzinsen leben, sondern zum Schluß sogar mit Negativzinsen. Die Inflationsrate war höher als das Zinsniveau in Spanien, Griechenland und Portugal. Es war eine Prämie, sowohl auf das Schuldenmachen, denn man konnte die zum heutigen Zins aufgenommenen Kredite übermorgen zum Null- und Minuszins zurückzahlen. Es war vor allen Dingen aber auch eine Prämie darauf, mehr zu importieren, als zu exportieren, denn der Einkauf in allen Ländern der Welt, inklusive der Eurozone, war ja dadurch enorm verbilligt. Das Ergebnis konnte nur eines sein, und das kann seit 2, 3 Jahren besichtigt werden: eine sich selbst nährende Inflation – denn man kann Inflation auch finanzieren aus importierten Geldern, aus importierten Krediten, aus importierten Kapitalien – und eine aufbrechende Lücke, sowohl in der Leistungsbilanz (mehr Importe als Exporte), aber auch im Staatshaushalt. Denn aus diesem Kreditsegens hat sich natürlich besonders in allen diesen Ländern der Staat bedient. Es ist also das eingetreten, was unsere amerikanischen Freunde ein twindeficit nennen, ein Doppeldefizit im Staatshaushalt und in der Leistungsbilanz gegenüber den Nachbarn.

Kurze Fußnote: die Frage ist, wie konnte das so lange gutgehen? Das hat auch wieder zwei Gründe, die einem eigentlich die Haare zu Berge stehen lassen müssen. Der eine Grund ist: die europäische Zentralbank, Hüterin dieser Währung, hat das alles geschehen lassen. Es ist in der ganzen Periode, in der sich diese Überschuldung aufgebaut hat, von dort weder ein Signal zur Zinserhöhung gekommen, noch hat man diese Länder ermahnt. Abwerten, was man früher getan hätte, konnte man ja innerhalb der Eurozone nicht mehr, also – man ließ es laufen. Im Gegenteil, die Bank hat, zwar von mir gerügt – was sie aber offenbar nicht gestört hat –, sich sogar nicht einmal mehr bereiterklärt, diese bilateralen Defizitzahlen zu publizieren. Wer immer mit den Berichten der EZB zu arbeiten hat – was unsereins tun muß –, der ist immer auf die Globalzahlen der gesamten Eurozone angewiesen, und diese Globalzahlen waren immer dadurch geschönt, daß die deutschen Überschüsse die Defizite der anderen sogar überkompensiert haben. Das heißt im Klartext: ein Land mit seinen Überschüssen hat die Defizite der anderen finanziert, und zwar die doppelten Defizite, sowohl in der Leistungsbilanz, wie im Staatshaushalt.

Gleichwohl schwärmt Deutschlands politische Ökonomie bis heute, Deutschland profitiere vom Euro. Wie man so etwas belegen kann, ist mir schleierhaft, aber man kann ja vieles, wenn man Zahlen falsch interpretiert. Als der Euro eingeführt wurde, tat sich eine Schere auf zwischen inflatorischem Boom in der Südhälfte und Stagnation im Norden, besonders im industriellen Führungsland des Nordens, in Deutschland, aber nicht bei allen Unternehmen, sondern nur bei den kleinen, beim Mittelstand. Denn man muß wissen: Deutschlands Stärke, wenn es denn eine ist, besteht seit vielen Jahrzehnten, und erst recht seit den Folgen der früheren Spaltung, darin, daß dieses Land exportlastig ist. Die deutsche Industrie, die früher einmal einen Großteil ihres Binnenmarktes in Ost- und Mitteldeutschland hatte, hat ihn bis heute nicht wiedergewonnen; sie hat ihn kompensiert, wogegen gar nichts zu sagen ist, durch große Leistungen auf den Dritt- märkten der Weltwirtschaft.

Deutschlands Großindustrie, Deutschlands Exportindustrie, hat nie etwas von den Folgen des Euro gespürt, weil sie in der Weltwirtschaft gut verankert ist, vor allem aber, weil diese große deutsche Industrie überhaupt keinen Bankensektor braucht. Sie ist nämlich ihr eigener Bankensektor. Erst kürzlich hat die Bundesbank wieder darauf hingewiesen, so etwas wird komischerweise kaum, auch nicht in meiner Fachwelt, registriert, daß über 85 % aller deutschen Investitionen gar nicht aus Bankkrediten finanziert werden, sondern aus dem Cashflow der Unternehmen, und, wenn wir jetzt differenzieren nach groß und klein, kann man sagen: die großen zu 100 %, während die kleinen von Bankkrediten abhängig sind. Sie haben von Beginn an unter der Einführung des Euro gelitten, denn in Deutschland sind die Zinsen wegen der Einheitswährung nicht gefallen, wodurch der Zinsvorteil der DM-Zeit gegenüber dem ausländischen Konkurrenten verlorengegangen ist. Die höheren Zinsen trafen und treffen in Deutschland also den Mittelstand, und dieser Mittelstand deckt zwischen 60 und 70 % aller deutschen Investitionen, aller deutschen Arbeitsplätze und vor allen Dingen aller deutschen Ausbildungsplätze ab. Dieser Aspekt wird immer wieder übersehen: Deutschlands, auch von Herrn Picaper zu Recht gerühmte industrielle Ausbildung ist ein Produkt der starken Mittelstandsorientierung. Großbetriebe bilden im Verhältnis zum Personalumfang sehr wenig aus. Das haben sie nicht nötig.

Also: Deutschland fiel mit der Einführung des Euro zurück in der Wachstumsrate, tendierte von vier, fünf Prozent auf die Hälfte, es fiel in der Investitionsquote von 30 auf 20 % zurück, und es bekam im Mittelstandssektor die Spuren der Stagnation zu spüren.

Das alles hat sich in der deutschen Wirtschaftspresse, von wenigen Ausnahmen abgesehen, eigentlich kaum niedergeschlagen. Aber es sind Fakten. Deutschland hat nie vom Euro profitiert! Der gesunde Menschenverstand weigert sich doch zu glauben, ein Land profitiere von etwas, das

dazu führt, daß, wie das IFO-Institut damals berechnet hat, zwei Drittel aller in Deutschland gebildeten Ersparnisse in der einen oder anderen Form im Ausland angelegt werden. Die fehlen zu Hause. Und das können Sie an den Schlaglöchern in den Straßen und Kulturplänen der Städte und den Sorgen der Universitäten ablesen. Deutschland ist eigentlich das Land mit den größten Budgetsorgen, obwohl es sie gar nicht haben müßte – gemessen an Griechenland, Spanien oder Portugal.

Viel entscheidender noch war, ist und bleibt, daß im Süden Europas sich mit Hilfe der Gemeinschaftswährung etwas entwickelt hat, was jetzt praktisch nicht mehr aus der Welt zu schaffen ist. Es wird immer nur von den Staatsschulden gesprochen, obwohl die ja schon happig sind – 10 Billionen. Aber es wird überhaupt nicht über die gleichzeitige Privatverschuldung in diesen Ländern gesprochen: Sie liegt wahrscheinlich beim Doppelten bis Dreifachen!

Nachdem diese Situation im Herbst 2009 in Griechenland zu kippen drohte – die griechische Verschuldung, privat wie öffentlich wurde endlich, nach langem Tiefschlaf von Ratingagenturen und Finanzmärkten, die man natürlich auch prompt als böse Spekulanten perhorreszierte, entdeckt –, wurde die Griechenlandkrise von Herbst 2009/10 zum Anlaß einer großangelegten Sorge um den Euro und einer sogenannten Rettungsaktion. Eine kleine Gruppe älterer Professoren – einen davon sehen Sie vor sich – die schon 1998 warnend vor dieser Entwicklung durch eine Verfassungsklage hingewiesen hatten, startete eine zweite Klage gegen die „Euro-Rettung“. Das war im Frühjahr 2011.

Zwei kurze Bemerkungen zu diesen Verfassungsklagen: Die erste Klage wurde von Richtern, die nicht in der Schule von Prof. Braun gewesen sind, abgeschmettert. Übrigens, Herr Kollege Braun, mit einem Argument, was mich als Ökonom sogar nachdenklich gemacht hat. Speziell mit Bezug auf mich verfügte das Gericht damals: Wir als Verfassungsrichter können unsere Urteile nicht auf Prognosen eines noch so verdienten Ökonomen ausrichten. Auf Deutsch: der Mord muß erst geschehen sein, ehe wir den Mörder verurteilen. Das war das Schicksal der ersten Klage. Unser Prozeßbevollmächtigter war natürlich noch enttäuschter als ich, aber ich hatte immerhin Verständnis für solche Juristen, die handfeste Beweise wollen, statt sich auf Vermutungen zu stützen. Das muß man akzeptieren. Ich denke, das gehört auch zum Rechtsstaat.

Aber nun das zweite. Inzwischen, wie gesagt, Frühjahr 2011, war die Prognose erfüllt, der Mord war geschehen. Griechenland stand vor dem Staatsbankrott. Wir haben also die Klage erneuert. Wir haben auf zwei Dinge hingewiesen: Die Rettungsversuche, wie sie damals anliefen, mit Hilfskrediten für Griechenland, sind ein fundamentaler Rechtsbruch, denn die europäischen Verträge schließen die Haftung von Staaten für Staaten aus – die bekannte No-bailout-Klausel des Artikels AEUV 126 –, und sie

schließen vor allen Dingen noch etwas aus, das der ganzen Sache vorausgegangen ist: die ständige Überschreitung von erlaubten Haushaltsdefiziten: 3 % sind erlaubt, aber nicht 10 und nicht 15 %.

Das Gericht hat sich mit der Behandlung dieser Klage sehr schwer getan; es hat lange gebraucht – über ein Jahr – und dann, im September 2011, Recht gesprochen. Dieses Urteil gehört auch in das Bild einer Öffentlichkeit und öffentlicher Medien, das mein Vorredner schon gezeichnet hat. Dieses Urteil enthält zwei ganz wichtige Bestimmungen, und, wenn Sie so wollen, Teilerfolge dieser ältlichen Professoren, die der Öffentlichkeit niemals richtig bekannt gemacht worden sind. Das Gericht hat, ähnlich dem berühmten Landpfleger aus der Bibel, öffentlich seine Hände in Unschuld gewaschen und hat gesagt: Nach Recht und Verfassungsrecht in Deutschland sind alle Geldübertragungen, alle Steuergeschenke Deutschlands an das Ausland an zwei Voraussetzungen gebunden – die müssen erfüllt sein, und nur wenn sie erfüllt sind, darf es geschehen, sonst nicht: Erstens darf es keine Automatik bei diesem Transfer geben – also füge ich hinzu: auch keine Eurobonds – und zweitens darf die Regierung Transfers nicht pauschal genehmigen. Jede einzelne Tranche muß einzeln bewilligt werden. Das Prinzip der Einzelermächtigung ist zwingend.

Seitdem muß Frau Merkel, wenn sie ihr Füllhorn aufmacht, immer erst nach Hause gehen und den Bundestag abstimmen lassen. Aber sie erhält natürlich immer die gewünschte Mehrheit. Dennoch hat das deutsche Verfassungsgericht klar gesagt: die Verantwortung liegt nicht bei uns, den Richtern, sie liegt beim Deutschen Bundestag, und der muß sie wahrnehmen! Aber wenn der Bundestag diese Verpflichtung, diese Verantwortung, nicht wahrnimmt, können auch wir Richter nichts dagegen tun.

Ich glaube, das ist eine korrekte Beschreibung der Rechtslage, wie sie nach dem Urteil besteht, das wir im September 2011 erstritten haben. Es liegt also jetzt an unserem Parlament, jede einzelne Tranche dieser Rettungsaktionen zu genehmigen. Leider kommt es dieser Aufgabe sozusagen oppositionslos nach. Ich hoffe, daß sich das noch mit einem späteren Bundestag ändert. Zur Zeit ist das einzig Tröstliche an der ganzen Geschichte, daß die Weiche so gestellt ist, daß ein künftiger Deutscher Bundestag diese automatischen Transfers, diese automatische, geräuschlose Finanzierung von unverantwortlichen Doppeldefiziten in Leistungsbilanz und Haushalt anderer Staaten, stoppen könnte, wenn es denn dafür politische Kräfte gäbe. Wenn es sie gäbe! Mehr ist dazu im Moment nicht zu sagen.

Punkt 2 ist die Euro-Rettung. Ich hätte als Ökonom und früherer Banker nie geglaubt, daß eine europäische Elite eines solch unverantwortlichen Pfuschs fähig wäre. Das sieht doch jeder, oder es sollte jeder sehen, also auch jeder Politiker: Was hier gerettet wird, ist ja nicht die Währung, sondern die Schulden gewisser Banken und gewisser Staaten; d. h., deren

drohender Konkurs soll abgewendet werden. Konkursverschleppung ist im Privatrecht ein schweres Delikt – wenn es öffentlich begangen wird, ist es Politik. Aber wie läuft nun technisch diese Euro-Rettung? Es sieht doch jeder, daß hier Schulden nicht getilgt, sondern ständig herumgeschoben, buchstäblich herumgeschoben werden. Die Rettungsfonds sollen die Schulden der Staaten übernehmen; die EZB gibt den Banken Geld, damit sie ihre eigenen Schulden wieder behalten bzw. refinanzieren können. Es wird also ständig herumgeschoben: die Kredite der EZB dienen dazu, daß die Banken die Staatsschulden, die sie noch nicht haben, zurückkaufen, und die Kredite der Rettungsfonds dienen dazu, daß die Staaten, die immer noch auf Restschulden sitzen, diese durch die Rettungsfonds, sprich, durch die Steuerzahler abgenommen bekommen. Eine solche Verschiebung von Schulden als Rettung zu bezeichnen ist ein starkes Stück. Es ist ja der frühere Ressortchef Wirtschaft der FAZ unter uns – Herr Dr. Krause: Hat man das in der deutschen Presse je richtig analysiert, daß eine Schuldenverschiebungstransaktion als Rettung verkauft wird? Ich glaube nicht.

Jetzt noch ein kurzes Wort zu den Rettern selbst: Es ist mit dem einen Rettungsfonds, der noch läuft, und erst recht mit dem zweiten, der demnächst im Deutschen Bundestag verabschiedet werden wird, dem ESM, ein Finanzgebilde entstanden, das größer, gewaltiger ist als die EZB, die deutsche Bundesbank und die größte deutsche Bank, die Deutsche Bank, zusammengerechnet, mit einem Volumen an Eigenkapital von 700 Milliarden. Das soll eine halbe Billion, 500 Milliarden, Kredite ausreichen, die im Grunde nur der Verschiebung von Schulden dienen. Aber wenn ich mir nun die Satzung ansehe, und das muß ja jemand wie ich gelegentlich tun, dann sehe ich erstens: das ganze Prinzip, das in den Artikeln 9 und 10 verankert ist, läuft auf die fatale Geschichte von den 10 Negerlein heraus: es fällt einer nach dem anderen aus. Wann immer jetzt in diesem Konzert ein neuer Kunde auftaucht, d. h., ein zu sanierender Staat, fällt der natürlich als Einzahler mit seiner Quote aus. D. h. also, die heutigen Schuldenländer brauchen schon gar nichts mehr einzuzahlen, nur noch die restlichen. Wenn jetzt aber ein Staat anmeldet, daß er aus zwingenden Gründen, z. B., weil er ärmer ist, als die zu sanierenden Länder, oder weil er sich an diesem Pakt nicht unbedingt beteiligen will – was, wie Dr. Picaper sagte, vom neuen französischen Staatspräsidenten zu erwarten ist, was ich gut verstehen kann –, dann bleibt schließlich nach den Statuten dieses Fonds nur noch ein Zahler übrig, nämlich der, welcher der letzte ist, der noch nicht bankrott ist. Dreimal dürfen Sie raten, wer das ist! Es ist ein Unsinnsprinzip, immer gerade die ausfallen zu lassen, welche die Probleme verursachen. Es ist unvorstellbar, daß solche Fonds überhaupt das von ihnen Erwartete leisten können. Daß ich nicht phantasiere, zeigt die Erfahrung mit dem Vorgängerfonds des ESM, dem ESFS. Er hat bereits einige, nicht nur Mehrjahres-, sondern 10-Jahres-Kredite an Hilfe gegeben. Und wie hat er sie refinanziert? Durch kurzfristiges Geld aus

den internationalen Kapitalmärkten. Die viel gescholtene internationale Finanzgemeinschaft hat natürlich längst gemerkt, was ich Ihnen hier erzähle, nämlich, daß diese Fonds nicht kreditwürdig sind, daß sie das große Problem haben, selber ihr Rating zu verlieren, oder selbst Sanierungsfälle zu werden. Infolgedessen ist das Geld, was sie aufnehmen, Kurzfristgeld. Es wird aber notwendigerweise langfristig vergeben, was im Klartext heißt. Lehman Brothers ist auf dem Weg zu uns – mit staatlicher Unterstützung. Dieser Pfuscher, Rettung genannt, leistet also nicht das, was er soll, und ich kann mir auch nicht vorstellen, wie er noch leistungsfähig gemacht werden könnte.

Aber ich kann mir leider etwas ganz anderes vorstellen. Aus der Geschichte aller totalitären Systeme, zuletzt des Dritten Reiches, der DDR und der Sowjetunion, folgt aus einer solchen Situation ein unlösbares Problem, nämlich die private Kapitalflucht. Die private Kapitalflucht aus dem Euro ist längst schon im Gange und hat derzeit noch so „harmlose“ Formen wie die Flucht ins Gold oder ins Betongold, oder man kauft Aktien, aber auf gar keinen Fall Staatspapiere. Alles richtig, aus individueller Sicht. Wäre ich Vermögensberater, würde ich auch sagen: Macht so etwas! Aber als Volkswirt muß ich feststellen: Wenn eine Gesellschaft anfängt, ihr vorhandenes Kapital und ihr neugebildetes Kapital permanent in toten Assets/Anlagen anzulegen – denn Gold ist totes Kapital, eine Immobilie ist totes Kapital, eine Aktie ist bereits gebildetes Kapital –, dann geht dieser Gesellschaft, also diesem Europa, das Geld für neue Investitionen, für neue Arbeitsplätze, für Innovationen aus. Alle totalitären Regierungen, die mit diesem Problem in der jüngsten Vergangenheit konfrontiert waren, haben dann zu einer Gegenmaßnahme gegriffen, die darin bestand, ganz einfach den ausländischen Zahlungsverkehr zu unterbinden und die eigene Währung zur Binnenwährung zu erklären. Das war der Rubel, der Transfer-Rubel, das war die Reichsmark, das war die Mark der DDR. Und wenn Sie sagen, das ist mit dem Euro unmöglich, dann schauen Sie mal in den Vertrag. Da finden Sie einen Artikel 64, der geltendes EU-Recht ist, das zwar in anderen Fällen ständig gebrochen worden ist, aber hier wahrscheinlich befolgt werden wird.

Danach ist die Kommission ermächtigt, den Kapital- und Zahlungsverkehr mit dem Ausland zu untersagen; sie hat dazu bereits das Mandat! Ich muß also leider betrübt feststellen, diese Euro-Rettung, zu Ende gedacht, kann mit ihren Folgeerscheinungen: weitergehende Inflation, weitergehende Kapitalflucht, weitergehende Unsicherheit, nur in einem Enden: in einem Euro, der nicht mehr weltweit transferabel und konvertierbar ist. Und das ist genau die Währung, die eine Regierung braucht, um zu Hause das durchzusetzen, was sie immer schon vorgehabt hat. Dann muß sie ja das nicht mehr befürchten, was mit jedem Geldschein, so wie wir ihn verstehen, verbrieft ist, nämlich das Selbstbestimmungsrecht des Geldscheinbesitzers, wo und wie er sein Geld anlegt.

Der Geldschein ist konzipiert als eine Art zusätzliches Stimmrecht des Bürgers, als sein monetärer Stimmzettel, mit dem er entscheidet, wo er sein Vermögen anlegt, und wie er es anlegt. Das ist der tiefe Sinn der Konvertierbarkeit des Geldes; dafür hat ein großer deutscher Wirtschaftsminister, Ludwig Erhard, nach dem Zweiten Weltkrieg gekämpft und es auch für die D-Mark erreicht. Die D-Mark ist dank Erhard seit dem Jahr 1956 weltweit konvertierbar gemacht worden; diese weltweite Konvertierbarkeit, die auf den Euro übergegangen ist, sie wird im Zuge dieser Krise Schritt für Schritt verschwinden. Eine andere Lösung ist nicht in Sicht, wenn man so weitermacht.

Nun wissen wir natürlich, und sollten es immer im Auge behalten: in Geschichte, Politik und ihrem Ableger Ökonomie gibt es gottlob keinen Determinismus. Es ist alles auf diesem Gebiet änderbar, veränderbar, wenn man es will und handelt. Deshalb gibt es natürlich eine Alternative zur Euro-Rettung und auch eine Alternative zur Einheitswährung, wenn man diese erkennen und ins Werk setzen will.

Damit bin ich bei den Wahlen, die wir erlebt haben. Wogegen hat das griechische Volk gestimmt? Gegen den Euro? Die Folgen des Euro? Oder gegen das Europakonzept insgesamt? Was stört Monsieur Hollande, den neuen französischen Staatspräsidenten, an diesem Konzept: nur der Fiskalpakt, das Spardiktat – was völlig unsinnig ist, denn ein armes Land kann nicht sparen, und ein arm gemachtes Land noch weniger –, stört ihn das, oder ist es das Gesamtkonzept?

Ich bin mehr denn je davon überzeugt, daß es ein Europa ohne den Euro geben kann, ja geben muß! Und daß der Weg in den Euro eine tödliche Sackgasse ist, aus der man aber herauskommen kann, wenn man will. Ich kann mir nicht vorstellen, daß ein anderer Kontinent als der unsere, oder eine andere große Nation als z. B. die deutsche, jemals auf die Verrücktheit gekommen wäre, das eigene Geld durch ein ausländisches zu ersetzen. Können Sie sich vorstellen, daß ein US-Präsident den US-Dollar durch den Rubel ersetzt? Oder ein chinesischer Staatspräsident den Renminbi durch den Dollar? Ich nicht!

Aber genau das haben wir doch mit dem Euro getan! Wir haben die Ehe zwischen Staat und Währung und damit auch die Verantwortung des Staates für die Währung mit dem Euro zerschnitten, und erleben nun, daß die neuen Verantwortlichen für den Euro sich noch nicht einmal an ihre eigenen Gesetze und Statuten halten. Es ist das Schlimmste, was man von einer Zentralbank sagen kann, daß sie ihren Auftrag, den alle Zentralbanken dieser Erde ernst nehmen, nämlich die Inflation zu bekämpfen, daß die EZB diesen Auftrag eigenmächtig verändert hat in zwei Ziele, die überhaupt nichts mit ihren Aufgaben zu tun haben. Das eine Ziel heißt, ihre Präsidenten haben das wiederholt verkündet, die Finanzmärkte ruhigzustellen – das ist nicht Aufgabe einer Zentralbank, die Märkte müssen

sich von selbst beruhigen. Das andere Ziel heißt, den Euro zu retten, wobei diese Euro-Rettung ja nichts anderes ist, als eine Konkursverschleppung für Staaten und Banken. Der Geldbedarf, über den die EZB wachen muß, wird von einer einzigen Größe bestimmt, nämlich dem Geldbedarf der realen Wirtschaft, was diese braucht für ihre Investitionen. Leider hat die Krise in den letzten Jahren klar gezeigt, daß dieser Geldbedarf in der Krise natürlich abnimmt. Er ist also relativ gering.

Aber die EZB hat jetzt eine neue Formel für ihre Geldversorgung entdeckt: den Staatsbedarf, den Bedarf von Staaten für Haushaltsdefizite, und den Bedarf von Banken für die Absicherung ihrer Forderungen. Das ist ungeheuerlich. Genauso ungeheuerlich ist, daß die Weltpresse, abgesehen von der Bild-Zeitung gestern, dazu schweigt. Damit wird einer Inflation Tür und Tor geöffnet. Daß sie noch nicht passiert ist, ist eigentlich nur dem Umstand zuzuschreiben, daß diese ungeheuren Summen noch nicht die Kreisläufe erreicht haben, daß sie noch zwischen den Zentralbanken zirkulieren und zwischen Zentralbanken und Banken. Sie sind noch nicht in der Wirtschaft angekommen, noch nicht im Supermarkt, aber auch das ist nur eine Frage der Zeit.

Und dann die Deutsche Bundesbank, die wir jahrzehntelang, ich auch, als die eigentliche Reinkarnation eines deutschen, eines verantwortungsvollen Staatsverständnisses verehrt haben – sie wird jetzt durch einen Kollegen von mir dabei erwischt, daß sie unter dem Posten „sonstige Forderungen“, wo eigentlich jeder betrügerische Fonds seine faulen Aktiva versteckt, ebenfalls das faulste Aktivum versteckt, das sich eine Zentralbank leisten kann, nämlich ihre Überziehungskredite an fremde europäische Zentralbanken. In der Öffentlichkeit diskutiert unter dem Kürzel „Target 2“. Target 2 hat in den letzten 14 Tagen die Kleinigkeit von über 600 Milliarden Euro überschritten. Wissen Sie, was 600 Milliarden Euro sind? Es sind 23 % des deutschen Bruttoinlandsprodukts, fast 70 % der Aktiva der Deutschen Bundesbank. Wo bleibt der Aufschrei? Und wo bleibt die Scham der Verantwortlichen? Denn daß dieses Geld zu großen Teilen futsch ist, das weiß wohl jeder Eingeweihte. Es ist nur ein sehr schwacher Trost, daß der Schaden in voller Wucht in erster Linie den Mann trifft, der mit seiner Politik kräftig zu ihm beigetragen hat, den Finanzminister. Denn Herr Schäuble wird in den nächsten 10 Jahren nicht mehr mit Überweisungen aus dem Gewinn der Bundesbank rechnen können, denn den wird es wohl für eine Dekade nicht mehr geben. Gottlob nicht geschädigt sind Sie, jedenfalls nicht direkt, nicht der Sparer, dank des Umstandes, daß kein Sparer sein Konto bei der Bundesbank unterhält. Es ist also ein makroökonomischer Schaden, kein individueller, aber das macht die Sache nicht besser.

Letzter Punkt: Welche Auswege gibt es? Es gibt eigentlich nur einen, und den zeigt die 3000jährige Geldgeschichte eigentlich auf Schritt und

Tritt. Es hat im internationalen Geldverkehr noch niemals, wirklich noch niemals, den verrückten Versuch einer Einheitswährung für unterschiedliche Staaten gegeben. Statt dessen hat es immer gegeben, und ich hoffe, das wird es auch in Zukunft wieder geben: Verabredungen der Staaten über die Außenbeziehungen in ihrer Währung und über den Wechselkurs. Alle großen und ordnungstiftenden Geldsysteme der Vergangenheit, waren von der Art: Bretton Woods, den Goldstandard, die regionalen Systeme, die sich die Skandinavier gegeben hatten, die nordische Münzunion, oder ein System, das Frankreich trotz seiner Schwierigkeiten in der zweiten Hälfte des vorvorigen Jahrhunderts bravourös gemanagt hatte, die lateinische Münzkonvention der Goldfrankenländer. Durch wen ist diese übrigens pikanterweise zerstört worden? Durch Griechenland. 1926. Die Jungs haben Erfahrung. Aber all diese Ordnungssysteme waren Wechselkursunionen. Niemals hat ein Staat die Verantwortung für seine Währung aus der Hand gegeben. Er hat sie manchmal an ein totes Metall gebunden, Gold, aber er hat sie immer rechtlich behalten in der Verpflichtung, den Geldwert stabil zu halten, die Inflation zu bekämpfen, auch wenn er dagegen gesündigt hat; aber es ist wichtig bei Sünden, daß man sie kennt, daß man zumindest ein schlechtes Gewissen hat, weil man weiß, was der rechte Weg ist.

Also, es wird gar kein anderer Weg aus der Euro-Misere herausführen, als die Währungsunion aufzulösen. Auch eine Teilunion ist keine Lösung, denn das Risiko, daß sich dann regional alles wiederholt, ist sehr groß – Stichwort Belgien, unseren Nachbarn Frankreich erwähne ich bewußt nicht, und nicht nur aus Höflichkeit. Nein, wir müssen zurück zu einer Wechselkursunion, wie sie übrigens die ersten 40 Jahre den Gemeinsamen Markt begleitet hat, und die auch die goldenen Jahre der europäischen Integration gewesen sind. Wir hatten ein europäisches Währungsabkommen, EWA, wir hatten ein europäisches Währungssystem, das ein Exchange-Rate-System war, das EWS von 1979, und dahin werden wir zurück müssen: nationale Währungen, europäisch eingebunden in einem Wechselkursverband. Dabei fände auch der Euro eine gute Verwendung: er könnte in einem solchen Wechselkursverband die Rolle spielen, die früher einmal in den alten europäischen Systemen ein Kunstgeld namens Ecu gespielt hat. Er wäre der Ecu 2, eine interne Verrechnungseinheit, um die wechselseitigen Überschüsse, Defizite und Kreditanforderungen der Zentralbanken zu berücksichtigen.

Schlußsatz: Wir stehen mit der Eurokrise dicht vor der Wand, auch wenn die Politik es noch nicht kapiert hat. Das wird sich in den nächsten Monaten zeigen. Aber diese Lösung wäre aufs Innigste zu wünschen für Europa und zur Fortsetzung der europäischen Integration: die Rückkehr zu nationalen Währungen für alle, eingebunden in ein europäisches Wechselkurssystem. Damit wäre auch mein Alptraum zu Ende.

*